

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 74.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Belegpreis für Halle u. Umgegend 2.50 RM, durch die Post bezogen 3 RM, für das Umland 3.50 RM. Die Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitungsgesellschaft, Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.

Zweite Ausgabe

Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen 1.50 RM, für die Provinz Thüringen 2.00 RM, für die Provinz Anhalt 2.50 RM. Die Zeitung wird durch die Post bezogen. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitungsgesellschaft, Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 172. Eing. Gr. Brauhausstr. 10. Verleger: Dr. Walter Genschel in Halle a. S.

Donnerstag, 13. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfinerstraße 14. Telefon-Hint VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Die Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrates,

der gegenwärtig bekanntlich in Berlin tagt, vereinigen sich gestern (Mittwoch) abend zu einem Festmahl, an dem u. a. Herr Johann Albrecht, Regent von Preussens, sowie mehrere Staatssekretäre und Minister teilnahmen. Nachdem der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwis den Toast auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte ausgebracht hatte, ergriß Staatssekretär v. Weichmann, stellvertretend für den Kaiser, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer durch einen Vortrag über die Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährung des ganzen deutschen Volkes. Nebenher sprach der Redner auch von der Erfüllung dieses Zweckes durch die Reichsbehörden und weiter mitarbeitend. Nebenher schloß mit einem Hoch auf die Landwirtschaft.

### Parlamentarisches.

Zu der Budgetkommission des Reichstages antwortete am Mittwoch auf eine Anfrage über die Haager Friedenskonferenz Herr, Oberminister Legationsrat Friede, Deutschland werde demnächst zur Beilegung der Haager Abkommen schreiten. Es habe die auf der Konferenz mit Rücksicht darauf nicht geachtet, daß andere Großmächte vorläufig davon Abstand nahmen. Die Gründe für die Haltung der deutschen Delegation in der Schiedsgerichtsfrage seien in dem dem Reichstage vorgelegten Bericht zusammengefaßt. Da viele der Gründe gegen einen obligatorischen Selbstschiedsgericht sprächen, habe die Delegation von einem solchen nicht sowohl eine Förderung, als vielmehr eine Herabwürdigung des Schiedsgerichts erwarten müssen. Im Sinne der Schiedsgerichtsfrage einer grundsätzlichen Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, habe Deutschland bereits eine Reihe von Schiedsabreden mit einzelnen Staaten getroffen. Auf diesem Wege werde es fortfahren, müsse dabei aber eine gewisse Vorsicht beobachtet werden, weil es von allen Seiten von Nachbarn umgeben und daher eher Differenzen ausgeht als anders, vom Meere umgeben und an weniger Nachbarn anstößende Staaten. Auf die Anregung des Abg. Dr. Wiener, zu der in diesem Jahre in Berlin tagenden interparlamentarischen Friedenskonferenz möge die Regierung Vertreter entsenden, erklärte Staatssekretär v. Schoen, die Regierung sehe ihr mit Freuden entgegen und werde gewiß an ihr teilnehmen. — Der Etat für Rußland, für den Dr. Poche referierte, wurde vielfach angegriffen, sowohl hinsichtlich der Wirtschaft. Abg. Rederer (Soz.) will Rußland an China zurückgeben. Abg. Erberger (Chr.) beruft sich auf das kürzlich ausgebrochene Heftige Urteil des Generalrats Herrn von der Goltz. Abg. Dr. Wiemer (frei. Rp.) meint, die Entwicklung habe den Göttingern nur wenig entzogen. Japan sehe ruhig zu und freue sich, daß wir recht viel Kapital hineinstecken. Staatssekretär v. Tirpitz betonte dagegen, daß man bei der Beurteilung des Wertes von Rußland berücksichtigen müsse, daß Rußland sich aus einem elenden Fischerdorf ohne Hinterland entwickelt und in neun Jahren den 43 Jahre bestehenden Anstehenshofen Tschifu überfiel habe. Der Staatssekretär will ferner auf die große Bedeutung Rußlands für die Ausbreitung des Christentums in China, insbesondere in Schantung hin. Staatssekretär v. Schoen schloß sich v. Tirpitz an und erklärte, daß er vom politischen Standpunkte aus die Aufgabe von Rußland als einen schweren Fehler bezeichnen müsse. Man würde in einem solchen Schritte einen Beweis von Schwäche sehen, aus dem sich noch unvorhergesehene Folgen ergeben würden. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am 12. cr. die Wahl des Abg. Prinzen v. Schönau-Carolath für gültig. Die Kommission des Reichstages für den Wahlenauftrag betreffend den Unterstaatssekretär v. Tirpitz ist am 10. cr. in der Altersangelegenheit für den Wahlenauftrag am 16. Lebensjahr und die Aufnahmefähigkeit von zwei auf ein Jahr herabgesetzt worden.

### Demokratische Unzufriedenheiten.

Wenn man demagogischen Schlagwörtern auf den Grund geht, so wird man gewahr, wie falsch sie sind. Ein treffendes Beispiel in dieser Hinsicht hat der demokratische Abgeordnete von Wager gegeben, der bei der Militärkommission in seinem vom Baume gebrochenen Angriff gegen den kaiserlichen Abgeordneten von Oldenburg mit Worten versuchte, daß im Feldzuge 1870/71 auf einen verbundenen oder getöteten deutschen Offizier über tausend Soldaten gekommen seien. Werritz sagte der demokratische Führer Wager: Auf einen Sunkfer, der im Felde gefallen ist,

kommen viel tausend Bürger, die ihr Bürgerblut vergossen haben. Dieses demagogische Schlagwort hat zwar auf der freisinnig-demokratischen Wahlen des Reichstages sehr großen Beifall hervorgerufen, war aber, wie selbst von Wager müssen wohl, ein durch und durch unwahres. Im französischen Felde wurden, wie im Generalstabberichte festgestellt ist, von Offizieren verundet 3710, getötet 1608, insgesamt also 5318 Offiziere. An Mannschaften verundet 75 047, getötet 24 022, zusammen also 99 069 Mann. Danach kommt auf einen Offizier nicht „viele Tausende“, auch nicht einmal tausend oder hundert, sondern noch nicht ganz 19 Mann. Nimmt man aber den Prozentsatz der Offiziere im Vergleich zu dem der Mannschaften, so ist es ohne weiteres klar, daß 1870/71 verhältnismäßig erheblich mehr Offiziere als Mannschaften für das Vaterland gebüht haben, und das ist immerhin ein hoher Ruhmesfakt für die „Kunfer“, durch den die Opfer des „Bürgerkriegs“ keineswegs herabgesetzt werden sollen, sondern durch den allein das geistliche-magische Erbe von Seiten wie v. Wager, die in ihren Preußen- und Junkerrollen wie Stiere auf das rote Tuch losrasten, gekennzeichnet werden soll.

### Deutsches Reich.

\* Die deutschen Bundesfürsten wollen, wie verlautet, auf Anregung Kaiser Wilhelms eine ganz besondere Aufmerksamkeit für den greisen Kaiser Franz Josef zu dessen Regierungsjubiläum veranlassen.

\* Kriegsminister v. Einem. Der preussische Kriegsminister v. Einem ist am 12. Februar in Cairo eingetroffen.

\* Dem „Militärwochenblatt“ zufolge ist Generalleutnant von Hausmann, Kommandeur der 16. Division, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches unter Verzicht auf das Gehalt als General der Kavallerie zur Disposition gestellt worden.

\* Der Mittelstand. Auf dem Montag in Dresden abgehaltenen sächsischen Mittelstandstage sprach sich Staatsminister Graf Goltz in warmer Weise für die Mittelstandsbewegung aus. Er versicherte die Mittelstandspolitik seiner Sympathie und der der gesamten sächsischen Regierung. Der Mittelstand sei der Hauptträger der idealen Gewinnung.

\* Die Polonisierung deutscher Familiennamen wird auch jetzt noch immer wieder versucht. Ein polnisch gefärbter Arbeiter in Wrochl, der Schmidt heißt, nennt sich seit vielen Jahren Schmitz. Er hat sich seine Kinder mit dem unrichtigen Namen in die hundertsteinständige Register eingetragen. Die Falschung wurde jetzt zutreffend entlarvt.

\* Auch ein Strafmittlungsgrund! Dieser Tage fand der Redakteur Wilhelm Breuer von Kiel vor der dortigen Strafammer wegen Verleumdung. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Breuer gezeichnet als verantwortlicher Redakteur der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel. Der Verteidiger des Breuer war der Rechtsanwalt W. Spiegel. In seinem Plaidoyer hob er als strafmindernd hervor, daß der Angeklagte nur eine sehr geringe und unvollkommene Bildung besäße. — Die „Dirk, Dir“, die über die Verurteilung berichtet, bemerkt zu diesen merkwürdigen Milderungsgründen: „Das ist wohl eigentlich keine notwendige Eigenschaft für den verantwortlichen Redakteur des Provinzialblattes für Schleswig-Holstein. Hier zeigt sich aber wiederum, mit welchen Kräften die Sozialdemokratie arbeitet.“

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 12. Februar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Autokratismus. In der allgemeinen Vernehmung bemerkt zunächst Abg. Zietze (Chr.): Wir fordern mehr Bewegungsfreiheit für die Katholiken. Wir beklagen uns auf die Seelsorge für unsere Glaubensgenossen. Das Vertrauen des Volkes wendet sich mehr den Männern der Einfachheit, der Einfachheit und der strengen Sitten zu. Warum entfällt man im Osten die Niederlassungen vor, die dem Westen längst gefehlt sind? Freie Bewegung auch für unsere katholischen Glaubensgenossen! Was das Verhältnis der beiden Konfessionen betrifft, so würden die Arbeiter der Gegenwart durch nichts so leiden wie durch konfessionellen Kampf. (Beif. Zustimmung.) Das Streben nach konfessionellem Frieden begreifen wir mit hoher Genehmigung. Auch wir sind bereit, das Streben zu betonen. (Beif.) Einemstimme mit den anderen Gefannten wollen wir arbeiten an den großen Aufgaben der Gegenwart. (Beif. rechts.) Die innige Verbindung zwischen Kirche und Schule darf nicht gefährdet werden. Der Einfluß der Geistlichen auf die Schulintentionen darf daher nicht gefährdet werden. Die geistliche Schulintention muß bleiben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Schulintention muß sich auf die technische Schulintention beziehen. Die vom Minister in der ersten Etatsberatung angekündigte Neuordnung der Schulaufsicht sollte man sich einmal gründlich überlegen. (Beif. im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Jagow (Soz.) bemerkt, daß es Streben nach Parität gegenüber der Kirche, für den mehr protestantische Kirchen nicht wird der beste Teil der protestantische Kirchen auf-

wandten Summen ausgegeben. Krankehäuser existieren fast gar nicht. Die Schulen werden in die Schulstellen geschloß, wo kein Wort Polnisch gesprochen wird. Den Schulen wird die Selbstverwaltung vorenthalten. Der Religionsunterricht muß in der Muttersprache erteilt werden.

Kultusminister Dr. Goltz: Die Ordensniederlassungen können den Diakonienverhältnissen nicht gleichgestellt werden. Auch in Ungarn und Böhmen sind die Ordensniederlassungen von staatlicher Genehmigung abhängig. Die Ordensniederlassungen sind, was wir den karitativen Orden volles Wohlwollen entgegenbringen. In den Gebieten des nationalen Kampfes und in den vorwiegend evangelischen Provinzen muß aber Vorsicht geübt werden. (Sehr richtig! rechts.) Polnisch-katholische Gemeinden können aus dem Grunde zur Förderung des Deutschen notwendig nicht unterstützt werden, weil aber katholisch-deutsche und gemischt-deutsche Gemeinden. Nach genauer Ermittlung wird verfügt, in welchem Umfang die deutsche Sprache zu verwenden ist. Beim polnischen Schullehrer haben wir aber gesehen, wie Geistliche den Lehren Schwierigkeiten bereiten. Da kann natürlich von Entgegenkommen keine Rede sein. (Beif.)

Abg. Dr. Erdberg (nl.): Wie heißt der Minister zu einer Teilung des Ministeriums? Eigentlich hat die Behandlung der Gesellschaft für Volksbildung berührt. Hier war die Beantwortung mancher Fragen. Eine Indepotenz hat noch nicht genügt. (Sehr richtig! links.) Da bedauere ich die Erklärung des Ministers, daß der Gesellschaft nicht das gleiche Wohlwollen entgegengebracht wird wie dem Vorgänger. Gegen die Bücher der modernen Naturwissenschaft darf nicht Front gemacht werden. (Sehr richtig! links.) Eine Einführung der sachmännlichen Schulaufsicht darf nicht bis zur Degeneration der Schulverwaltung verschoben werden. Die dezentralisierte Kreisverwaltung darf aber nicht wieder christlichen Charakter tragen. Die Meinung des Ministers, daß die Schulintentionen nicht die gleiche Wichtigkeit sein, widerspricht dem Gesetz von 1872. Zu mißbilligen ist die funktionelle Zusammenfassung der Schulintentionen, die dem beim Schulunterhaltungsgebot abgeschlossenen Kompromiß widerspricht. Der Vorschlag ist noch immer bedeutend. Vielleicht könnte er durch Beteiligung mancher Zweigvereine gemildert werden. Auch der Vernehmungsbericht ist nicht zu vernachlässigen, die alle zu bleiben. Da können wir nicht mit besonderer Freudigkeit mitarbeiten. (Beif. bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Sebender (kon.): Der Vorschlag scheint als Ministerkriterium noch weiteren Erfolgen zu streben. Jetzt möchte er das ganze Ministerium umgestalten. Er wird uns aber erlauben, daß wir anderer Meinung sind. (Beif. Zustimmung rechts.) Wir unterziehen fordern vom Minister nicht sofort ein vollständiges Programm. Wir warten ab, in welchem Geiste das Minister geleitet wird und nehmen danach unsere Stellung ein. Anfragen beschränken wir uns darauf, einzelne Fragen mit Offenheit zu betonen, so die Verwendung von Professoren an den Hochschulen. (Beif. links.) Sie (noch links) werden mir doch erlauben, diese Bemerkungen zu machen. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Was die Gesellschaft für Volksbildung betrifft, so wird das Wirken eines solchen Vereins von Segen sein, wenn er Material liefert, das sich für die Kreise, für die es bestimmt ist, auch wirklich eignet. Die Bücher solcher Vereine müssen sich einpassen in die patriotische und religiös-christliche Grundanlage des Volksschulwesens. (Beif. Zustimmung rechts und im Zentrum.) Daher war die Regierung berechtigt und verpflichtet, den Standpunkt einzunehmen, den sie in der Tat eingenommen hat, und ich bedauere nur, daß der Ministerpräsident in Wien seine Vernehmung zurückgenommen hat. (Beif. Zustimmung rechts.) Was die Schulaufsicht betrifft, so kann es nicht gehen, wo es im Interesse der Volksschule liegt, nicht unter allen Umständen Vorsitzender des Schulvorstandes zu sein. Ich habe auch nicht gehört, daß der Minister überall einen Geistlichen als Vorsitzenden haben will. In der Frage der Schulaufsicht erkennen wir an, die Entwicklung fordert allmählich bauplanmäßige Schulintentionen. Der vorliegende Etat geht aber in vieler Hinsicht schneller vor, als die Verhältnisse es fordern. (Sehr richtig! rechts.) Das Tempo soll nicht übermäßig beschleunigt werden. Leider tut man auf der einen, wenn das Wort Kirche ausgesprochen wird, oft so, als sei Staat und Volksschule in Gefahr. (Beif. Zustimmung und Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Die Schulintentionen kann durch die Schulintention nicht ersetzt werden. Die Geistlichen müssen hier mit Freuden wirken, und das wird bei der dem Minister vorkommenden Regelung nicht mehr der Fall sein. (Sehr wahr!) Nach unserer Überzeugung muß die Religion den ganzen Unterricht durchdringen. (Beif. Zustimmung rechts.) Sie (noch links) sehen in der Schule eine Anzahl der Hebung von Wissen. Wir sehen in ihr die Erziehungsanstalt, die verbunden sein soll mit den inneren Interessen des Volksschulwesens. (Erneute starke Zustimmung rechts.) Daher wollen wir keine Schulaufsicht, sondern Organe, die mit dem christlichen Leben aufs engste verknüpft sind, und an dieser Meinung halten wir mit Entschiedenheit fest. Große, heilige Güter sind es, die wir beschützen. Wir werden unsere Pflicht verwalten, wollen wir dafür eintreten, daß die religiös-christliche Grundanlage der Volksschule erhalten bleibt. (Beif. Zustimmung rechts.) Diese Dinge stehen uns höher als alles Wissen. (Beif. Zustimmung rechts.) Das halten wir auch dem Minister vor, der auf unsere Unternehmung hauptsächlich Wert legt. (Stärkster Beif. Zustimmung.)

Minister Goltz: Ich kann mich noch nicht über alles äußern, da meine Amtszeit zu kurz ist. Wegen des Zweigvereins hätte ich mich mit dem Verein zur Verbreitung von Volksbildung in Verbindung gesetzt. Der Verein wird die ungeeigneten Bücher ausmerzen. Bei der Kritik der Regierung ist zu bedenken, daß es sich um ein Volksschulwesen handelt. (Beif. Zustimmung rechts.) Wegen der Degeneration des Volksschulwesens sind bestimmte Pläne noch nicht gefaßt. Der Minister führt weiter aus, er hänge mit allen Fasern seines Herzens an der Volksschule und wolle ihr helfen. Drei Punkte der Schulintentionen in Preußen seien ihm bauplanmäßig. Was die Schulintention angeht, so ist es ein vieldarfstes, was man auch in einem Orden für geeigneten Schulmann. In solchen Fällen auf die Schulintention





